

GRÜNE bleiben in Bewegung

Spielerische gemeinsame Bildung: erleben dies heute alle Krabbelkinder in Schleswig Holstein, noch bevor sie in die Schule kommen? Leider vermutlich nur dann, wenn unser Konzept „Clever Starten“ umgesetzt wird, für das sich Monika Heinold engagiert.



Nicht so clever ist die Landesregierung, die das Informationsfreiheitsgesetz, eine Errungenschaft von Rot-Grün, verwässern will. Darüber berichtet unser neuer Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel.

Geld ist reichlich da, aber es wird nicht ausgegeben. Diese Absurdität kennzeichnete in den letzten 18 Monaten die Arbeitsmarktpolitik - auch in Schleswig-Holstein. Stichworte zu diesem Skandal in diesem *fördewind*. Ebenso wie für Arbeitslosenrechte machen wir uns für Konzepte zur beruflichen Erstausbildung stark, mehr dazu auch in dieser Ausgabe.

Schlapp machen mussten die Atomkraftwerke in diesem Sommer - zu wenig kühles Wasser im Fluss. Was der Energiemarkt derzeit sonst noch zu bieten hat, präsentiert euch mein neuer und aus den letzten beiden Legislaturperioden vertrauter Kollege Detlef Matthiessen.

Vertraut ist mir seit zwei Legislaturperioden auch die Zugfahrt, die mich als nachgerückte Abgeordnete aus Lübeck wieder wöchentlich von der Trave an die Kieler Förde führt. Im Gepäck das Fahrrad, denn wir GRÜNEN bleiben in Bewegung.

Angelika Birk
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Clever Starten: Frühe Förderung für alle Kinder

Mit unserer neuen Broschüre „Clever Starten“ machen wir deutlich: Deutschland gibt im europäischen Vergleich relativ wenig Geld für Kindertagesstätten aus, während wir auf der anderen Seite relativ viel Geld direkt an die Eltern zahlen. Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden ist in Deutschland leider immer noch sehr schwierig. Nur jedes zehnte Kind unter drei Jahren hat die Möglichkeit, eine Kita zu besuchen.

DIE GRÜNEN wollen diese Schwerpunktsetzung umdrehen. Wir fordern, dass das Ehegattensplitting abgeschafft wird. Damit würden rund 20 Milliarden Euro frei, um die Kinder und nicht die Ehe zu fördern und mehr Geld in die Kinderbetreuung zu stecken.

In der Broschüre stellen wir unsere Vision einer Kindertagesstätte der Zukunft vor und formulieren konkrete Forderungen an die Landes- und Bundespolitik. Meldet euch bei uns (Kontakt: siehe Impressum). Wir schicken euch das Heft gern zu.

Monika Heinold
Parlamentarische Geschäftsführerin



Das gläserne Rathaus zieht die Vorhänge zu

Das Informationsfreiheitsgesetz, das in Schleswig-Holstein unter Rot-Grün beschlossen wurde,

war eines der fortschrittlichsten in Deutschland. Schwarz-Rot will es nun verwässern.

Große Koalitionen - schlechte Zeiten für Bürgerrechte!

Von Karl-Martin Hentschel

Unter Rot-Grün nahm Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle bei Bürgerrechten und bei der Transparenz von Verwaltung und Behörden ein. Als eines der ersten Bundesländer hat Schleswig-Holstein im Jahr 2000 ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) verabschiedet.

Entgegen den Befürchtungen vieler KritikerInnen hat das IFG in Schleswig-Holstein nicht zu einem Ansturm auf die Behörden geführt und die dortige Arbeit lahm gelegt. Insgesamt hat sich eine maßvolle, aber stetige Nutzung des Rechts auf Akteneinsicht entwickelt.

Die Tätigkeitsberichte des Datenschutzbeauftragten wiesen aber auch immer wieder darauf hin, dass der Gedanke der Transparenz noch lange nicht jede Amtsstube erreicht hat. So konnten einige Fälle nur durch Vermittlung des Datenschutz-/Informationsbeauftragten geklärt werden.

Wir GRÜNE gehen heute nach wie vor davon aus, dass Informationsfreiheit einen positiven Einfluss auf die Demokratie hat. Sie beugt Misstrauen und Verschwörungstheorien, Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühlen in der Bevölkerung vor. Transparenz ist ein Zeichen des Vertrauens in die Demokratie.

Umso befremdlicher ist es, dass ohne Not dieses Recht wieder eingeschränkt werden soll. Das IFG in der von Schwarz-Rot überarbeiteten Form ist ein Rückschritt. Es ist Ausdruck einer Gesinnung, die den BürgerInnen grundsätzlich misstraut. Geplant sind unter anderem folgende Einschränkungen des Informationszugangs:

1. Wenn Behörden einkaufen, geht's die BürgerInnen nichts an:

Auch Behörden handeln zuweilen als „Private“, d.h. sie kaufen z.B. Heizöl für die Dienstgebäude ein.

Gerade privatrechtliche Geschäfte der Verwaltung sind für die Allgemeinheit von großem Interesse, z.B. bei dem Verdacht auf Vetternwirtschaft und Korruption oder im Hinblick auf die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.

Nach dem Entwurf der Landesregierung soll dieser Bereich von der Anwendung des IFG nunmehr ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Ausschluss von Privatpersonen oder -firmen, die öffentliche Verwaltungstätigkeit wahrnehmen

Nicht alle Verwaltungsleistungen werden vom Verwaltungsapparat im engeren Sinne wahrgenommen. Häufig werden Aufgaben auf eine stadteigene GmbH übertragen. Dies gilt zum Beispiel für Müllverbrennungsanlagen. Auch hier sollen BürgerInnen zukünftig keine Auskunft mehr bekommen. Dieser Punkt ist noch gravierender.

Transparenz ist ein Zeichen des Vertrauens in die Demokratie

Denn immer mehr Aufgaben des Staates werden in eigene Gesellschaften ausgelagert oder an Dritte übertragen. Gerade in diesen Bereichen herrscht die größte Intransparenz bezüglich des staatlichen Handelns.

Daneben sind einige Verfahrensneuregelungen geplant, die den Zugang der BürgerInnen zu Behördenakten erschweren.

Der Großen Koalition geht es nicht um Verwaltungsvereinfachung, sondern um das „Durchregieren“ – ohne Rücksicht auf Vernunft und die Interessen der BürgerInnen. ●

Netzausbau: GRÜNE fordern Erdkabel

Von Detlef Matthiessen

Die Verstärkung der Stromnetze ist von strategischer Bedeutung für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Deshalb hat die GRÜNE Landtagsfraktion einen Antrag gestellt, der den Neubau von Erdkabeln fordert (DS 16/710).

Worum geht es? Die Windenergie deckt heute ein Drittel des Stromverbrauchs im Land ab. Das Stromnetz hat die Kapazitätsgrenzen überschritten. Die E.ON Netz GmbH ist gesetzlich verpflichtet, das Netz auszubauen und hat daher den Bau von drei Freileitungen beantragt. Dies trifft auf erheblichen Widerstand von Landwirtschaft, Naturschutz und WindmüllerInnen. Diese wollen Erdkabel statt Freileitungen.

Der Energiemonopolist verfolgt ein ganz anderes Ziel: Mit dem Beharren auf Freileitungen, das E.ON mit geringeren Kosten begründet, verzögert sich der Netzausbau um Jahre. Während Erdkabelprojekte schnell zu realisieren sind, kann E.ON die Windenergie-

branche mit der Freileitungstaktik erheblich behindern: Wird der Antrag nach langem Verfahren endlich genehmigt, ist mit Klagen der betroffenen Landeigentümer zu rechnen. Wird die Genehmigung versagt, klagt der Antragsteller E.ON. In beiden Fällen wird erreicht, dass Zeit, Zeit, Zeit vergeht.

Der Netzbetreiber diskriminiert damit seine Konkurrenten äußerst geschickt – zum Nachteil der Gesamtwirtschaft in unserem Lande.

Statt eine zahllose Kontrollbehörde einzuführen, sollten die Netze verstaatlicht werden. ●



Erneuerbare Energien: Verfangen im Netz von E.ON.

Wo bleibt das Fördern?

Von Angelika Birk

„Junge Arbeitslose ziehen von zuhause aus, um Arbeitslosengeld II zu kassieren und verheimlichte ‚Wilde Ehen‘ bewir-

ken einen massenhaften Leistungsmissbrauch.“ So rechtfertigt die Bundesregierung, dass neuerdings arbeitslose junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren im „Hotel Mama“ verweilen und Wohngemeinschaften langzeitarbeitslose Mitglieder mit durchfüttern müssen.

Tatsächlich liegen die Missbrauchsquoten bundesweit unter drei Prozent, musste die Arbeitsagentur zugeben, und die parlamentarische Kleine Anfrage von Monika Heinold förderte zutage, dass bundesweit gar keine Daten über die Umzüge junger Leute in ALG II-Bezug erhoben werden.

Diese von uns vorgetragenen Fakten konnten die Große Koalition in Kiel

nicht dazu bewegen, die Gesetze zur verschärften Kontrolle der Arbeitslosen im Bundesrat abzulehnen.

„Wie werden denn Arbeitslose in Schleswig-Holstein gefördert?“, haben wir die Landesregierung gefragt. Die Antwort ist erstaunlich: Im letzten Jahr flossen auch in Schleswig-Holstein über die Hälfte der Bundesmittel zur Förderung von Arbeitslosen ungenutzt an den Bundesfinanzminister zurück.

Das muss den Hartz IV-EmpfängerInnen wie Hohn erscheinen. Die Großen Koalitionen in Berlin und Kiel dürfen nicht nur fordern, sondern müssen endlich auch ihrer Verantwortung für das Fördern gerecht werden. ●



Gerade junge Hartz IV-EmpfängerInnen warten auf ihre Chance

Jeder Jugendliche braucht eine Perspektive

Von Karl-Martin Hentschel

Hatten wir noch vor zwei Jahren eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein, so kommen jetzt auf 100 BewerberInnen nur noch 77 Plätze. Ein solches Drama hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben. Das Bündnis für Ausbildung ist auf ganzer Linie gescheitert!

Die Landesregierung bringt nichts Neues. Keine Analyse der Situation, keine neue Idee. Schlicht ein „weiter so“. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie auf die Krise reagiert werden soll. Alle Wachstumsstudien sagen uns, dass unser Standort einzig und allein davon abhängt, ob es uns gelingt, gut qualifizierte junge Leute auszubilden und an unsere Region zu binden. Nichts ist so attraktiv für die Ansiedlung von Firmen, wie gut ausgebildete Menschen, deren Köpfe sie für sich gewinnen können.

Und nun will die CDU-Mittelstandsvereinigung sogar den Unterricht in der Berufsschule zusammenstreichen. Wem nützt das? Die Firmen, die die Auszubildenden als billige Arbeitskräfte nutzen wollen, werden sich freuen. Aber in solchen Firmen fallen schon heute ein Drittel der Auszubildenden durch die Prüfung, weil sie schlecht vorbereitet werden. Wir erwarten, dass die Landesregierung ein Aktionsprogramm aufstellt, das dafür sorgt, dass jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein eine berufliche Perspektive bekommt. ●



Die Landesregierung muss mehr tun für mehr Ausbildung

Nichtraucherantrag: CDU und SPD tun sich schwer

Bereits im Dezember 2005 hatten wir unsere Landtagsinitiative zum rauchfreien öffentlichen Raum gestartet. Inzwischen wird deutschlandweit über dieses Thema diskutiert. Nach unserem Vorschlag sollte das Landeshaus schnell und vorbildlich zur rauchfreien Zone erklärt werden.

Nun beraten die Ausschüsse des Landtags schon über ein halbes Jahr über unseren Antrag. Warum zögern CDU und SPD noch? Die Menschen warten auf ein Signal.

Monika Heinold



Typisch: Landesregierung spart beim FÖJ

Im nächsten Jahr wird die Schere an das Freiwillige Ökologische Jahr gesetzt. Das ist typisch für diese Landesregierung: Mal wieder wird im Bereich Umwelt- und Naturschutz gespart. Diese Sparmaßnahme schadet nicht nur dem Umweltschutz, sondern auch den jungen Menschen, die keinen FÖJ-Platz erhalten und damit eine Chance weniger haben, Schlüsselqualifikationen für Ausbildung und Beruf zu erlangen.

Detlef Matthiessen



Detlef Matthiessen und zwei FÖJlerinnen